



Liebe CVP-Familie

Weniger als zwei Monate vor den Eidgenössischen Wahlen 2011 kommt der Wahlkampf in die entscheidende Phase! Die CVP ist gut vorbereitet und hat ihre Kompetenz als konstruktive Kraft bei zahlreichen zentralen Themen unter Beweis gestellt. Ein Kernthema ist dabei die Familienpolitik. Auch wenn in diesem Bereich viel erreicht wurde, gibt es noch viel zu tun. Die CVP Schweiz hat deshalb einstimmig die Lancierung zweier Volksinitiativen beschlossen.

Die eine will die Heiratsstrafe abschaffen. Vor 27 Jahren hat das Bundesgericht festgestellt, dass die finanzielle Benachteiligung von verheirateten Paaren gegenüber Konkubinatspaaren verfassungswidrig ist. Aber auch nach Jahren des Kampfes und punktuellen Verbesserungen werden Ehepaare steuerlich noch immer diskriminiert. Unverheiratete Paare fahren besser. Die Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» bekämpft diese Ungleichbehandlung.

Die andere Initiative will die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien. Damit werden insbesondere Mittelstandsfamilien entlastet, die heute kaum in den Genuss von staatlichen Unterstützungsleistungen kommen, aber im Gegenzug namhafte Steuerbeträge bezahlen. Durch die Steuerbefreiung der Kinderzulagen wird diese Belastung des Mittelstands gemildert.

Unterschreiben Sie die beiden Initiativen!
www.familieninitiativen-cvp.ch

Herzliche Grüsse - Michael Daphinoff
Präsident CVP Stadt Bern

Agenda

- 19. September 2011:** Delegiertenversammlung CVP Kanton Bern
- 21. September 2011:** Anlass mit Preisüberwacher Stephan Meierhans
- 23. Oktober 2011:** Nationale Wahlen
- 2. November 2011:** Mitgliederversammlung CVP Stadt Bern

Volksschule in den Quartieren verankern

In ihrer Stellungnahme zur Strukturreform der Volksschule spricht sich die CVP für die Erhaltung der heutigen sechs Schulkommissionen und gegen eine Zentralisierung der strategischen Entscheide mit einer Einheitskommission aus. Gleichzeitig soll die Volksschulkonferenz so optimiert werden, dass sie parteipolitisch breiter zusammengesetzt ist.

Vor allem die Nähe zur Bevölkerung und die Verankerung in den Quartieren sind die Hauptargumente der CVP Stadt Bern für die Beibehaltung des aktuellen Systems anlässlich der Vernehmlassung zur Strukturreform der Volksschule.

Für CVP-Präsident Michael Daphinoff gewährleistet die heutige Struktur eine gute Abstützung der strategischen Entscheide in den Quartieren und in der Bevölkerung. Eine zentrale Schulkommission wäre weiter weg und würde zu grossem zusätzlichen Koordinationsaufwand und zusätzlichen Kosten führen. Bei dieser Gelegenheit gilt es für die CVP die parteipolitisch einseitige Zusammensetzung der Volksschulkonferenz zu revidieren. Diese soll künftig nicht nur die politischen Verhältnisse im Stadtrat besser widerspiegeln, sondern auch vom Stadtparlament gewählt werden.

Ja zur Änderung der Anlagenbenutzungsverordnung

Kinder und Jugendliche sollen städtische Schulplätze und bis 22 Uhr nutzen dürfen. Auch soll die öffentlich zugänglichen Aussenanlagen grundsätzlich frei Sport treiben kann. Diese Grundsätze der Verordnung über die Benutzung der städtischen Schul- und Sportanlagen werden von der CVP als Zeichen für eine familien- und sportfreundliche Stadt Bern begrüsst.

Darüber hinaus engagiert sich die CVP dafür, dass sogenannte «midnight projects» der Stiftung idée:sport in allen Quartieren

der Stadt Bern angeboten werden. Dieses Angebot besteht darin, dass jeweils am Samstagabend Jugendliche ab 13 Jahren in Turnhallen bis 24 Uhr Sport (Fussball, Tanz, Ping-Pong, Jonglieren etc.) treiben können. Dabei werden die Jugendlichen von geschultem Personal angeleitet und betreut (vgl. www.mb-network.ch). Bisher existieren «midnight projects» erst im Tscharnergut und im Fischermätteli. Die CVP meint, es stünde der Stadt Bern gut an, dieses Angebot auf die ganze Stadt auszudehnen.

Erfolgreiche Schweiz – nur mit uns.

Keine Schweiz ohne uns. www.cvp.ch

Klare Verhältnisse mit der neuen Camping-Verordnung

Die CVP begrüsst der Gemeinderat eine städtischen Campingverordnung ausgearbeitet hat und damit das Aufstellen von Zelten, Wohn- und Bauwagen oder ähnlichen Einrichtungen und das Campieren und Übernachten auf öffentlichem Grund ausserhalb der dafür vorgesehenen Flächen verbietet.

Bedeutsam ist zudem, dass die Verordnung auch die umstrittenen Hüttendörfer umfasst. Michael Daphinoff, Präsident der CVP Stadt Bern, äussert sich erfreut: «Mit der kurzen, präzisen Verordnung werden klare Verhältnisse geschaffen und Lücken geschlossen. Ein löblicher Erlass.»